



Subventionen: Öffentliche Mittel für öffentliche Leistungen

Die zukünftige Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) muss sicherstellen, dass mit öffentlichen Mitteln die Erholung der Fischbestände unterstützt und der Übergang zu nachhaltiger Fischerei vereinfacht wird und dass ein Nutzen für die Gesellschaft entsteht.

Angestrebte Politik

OCEAN2012 möchte, dass die reformierte GFP:

- Beihilfen einstellt, die zur Aufrechterhaltung oder zum Ausbau von Überkapazität führen, insbesondere Beihilfen für die Modernisierung von Schiffen;
- öffentliche Mittel für den Zugang zu Fischressourcen stoppt;
- Geld für Maßnahmen verwendet, die einen allgemeinen Nutzen schaffen, wie beispielsweise Forschung, verbesserte Kontrolle und Durchsetzung von Vorschriften, Zusammenarbeit zwischen Fischern und Wissenschaftlern sowie eine größere Beteiligung der Interessengruppen, und
- Informationen über Fischereisubventionen transparent und zugänglich macht.



Die EU sollte umgehend Subventionen verbieten, die zu Überkapazität und Überfischung beitragen. Das würde vor allem alle 'Basissubventionen' einschließen, wie beispielsweise Subventionen für Kapital und Betriebskosten der Fischerei, aber auch andere Kernsubventionen mit direkter kommerzieller Relevanz für die Fischerei und Fischprodukte, wie zum Beispiel für die Verarbeitung

und Preisstützung. Eine Verzögerung beim Auslaufen dieser Subventionen verlängert ihr schädliches Wirken und lässt eine spätere Anpassung immer schwieriger werden.

Hintergrund

Schlecht konzipierte Subventionen stellen ein Risiko für die wirtschaftliche Grundlage von Fischerei und Küstengemeinschaften dar. Die Europäische Kommission bestätigt den Zusammenhang zwischen dem aktuellen Maß an Überfischung, Überkapazität und finanzieller Förderung. Sie stellt fest: „Die europäischen Fischereifloten können in vielen Fällen einen Fischereidruck auf die Bestände ausüben, der zwei- bis dreimal höher als das nachhaltige Maß ist. Subventionen haben hierzu beigetragen.“¹

Die Gesamtsumme der Subventionen, die in den europäischen Fischereisektor fließen, ist nicht bekannt. In einigen Mitgliedsstaaten übersteigen die aktuellen nationalen Haushaltsausgaben für die Bewirtschaftung und Subventionierung der Fischerei die Geldwertsumme aller Fänge.

Im Rahmen der Strategie zur nachhaltigen Entwicklung hatte sich die EU selbst dazu verpflichtet, umweltschädliche Subventionen abzuschaffen und schlug einen Fahrplan für ihre Abschaffung bis 2008 vor. Bis heute wurde dieser Fahrplan nicht umgesetzt.

Die Abschaffung schädlicher Subventionen

Die Reform der GFP ist eine einzigartige Gelegenheit, Subventionen auslaufen zu lassen, die nicht nur für die Umwelt, sondern auch wirtschaftlich und sozial schädlich sind und Mittel in Maßnahmen zu transferieren, die zur langfristigen Nachhaltigkeit der EU-Fischerei beitragen.

Die Auswirkung von Modernisierungshilfe

Zwischen 2000 und 2008 hat die EU-Fangflotte für Blauflossenthunfisch, die auf einen nahezu ausgerotteten Bestand abzielt, Subventionen in einem Gesamtwert von € 34,5 Millionen erhalten. Davon fielen € 33,5 Millionen auf den Bau und die Modernisierung von Schiffen, und nur ein winziger Anteil kam der Stilllegung zugute. Subventionen ermöglichten auch die Überfischung zahlreicher anderer europäischer Schlüsselbestände, wie zum Beispiel südlicher Seehecht und Seeteufel.

Eine Analyse der EU-Subventionen zwischen 2000 und 2006 zeigt, dass von den Mitteln für die Modernisierung von Fischereischiffen nur wenige Schiffseigner profitieren. Dies sind vor allem Eigner größerer und leistungsfähigerer Schiffe, die potenziell stärker zur Fischsterblichkeit beitragen. Bei den Schiffen mit einer Länge von unter 12 Metern wurde doppelt so viel für Verschrottung wie für Modernisierung und Bau aufgewendet. Im Gegensatz dazu erhielten Schiffe mit einer Länge von über 24 Metern wesentlich mehr für Modernisierung und Neubau als für Verschrottung.

Zugang zu Drittländern

Zahlungen für den Fischereizugang zu den Gewässern von Drittländern tragen zur Überfischung bei. OCEAN2012 schlägt vor, dass EU-Fischer die vollen Kosten für ihren Zugang selbst tragen sollten.

Kraftstoffsubventionen

Die Steuerbefreiung von Fischereikraftstoff unterstützt kraftstoffintensive Fischereimethoden, die häufig größere Auswirkungen auf die Meeresumwelt haben. Zudem fördert sie in keiner Weise die Umstellung auf energiesparende Fischereimethoden.

¹ Europäische Kommission (2008) Überlegungen zu weiteren Reformschritten für die GFP.

Schlecht konzipierte Subventionen stellen ein Risiko für die wirtschaftliche Grundlage von Fischern und Küstengemeinschaften dar. Die Europäische Kommission bestätigt den Zusammenhang zwischen dem aktuellen Maß an Überfischung, Überkapazitäten und finanzieller Förderung.



Ein Wechsel hin zu Hilfe, die allen zugute kommt

Natürlich wirken nicht alle Fischereisubventionen schädlich. Die neue GFP muss jedoch sicherstellen, dass öffentliche Mittel öffentliche Güter unterstützen und dadurch zur Wertschöpfung für die Gesellschaft beitragen.

Ein Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs von 2007² unterstreicht das Versagen der Mitgliedsstaaten, die Fischereiaktivitäten ihrer Flotten effizient zu kontrollieren. Der Bericht stellt fest: „Wenn den politischen Instanzen daran gelegen ist, dass die GFP ihr Ziel der nachhaltigen Nutzung der Fischereiressourcen erreicht, müssen die derzeitigen Überwachungs-, Inspektions- und Sanktionsregelungen erheblich verstärkt werden.“

Der EU-Fischereisektor erhält von der EU jährlich circa € 850 Millionen strukturelle Unterstützung, einschließlich der Beihilfe für die Modernisierung von Schiffen, und € 150 Millionen für Zugangsabkommen. Gleichzeitig beträgt der EU-Zuschuss für Kontrolle und Durchsetzung sowie für Datensammlung jeweils lediglich rund € 50 Millionen. In Zukunft sollte mehr öffentliche Finanzierung für die Verbesserung wissenschaftlicher Daten, die Weiterentwicklung des Kontrollsystems und die Durchsetzung der Regelungen bereitgestellt werden.

Viele kommerzielle Fischbestände in europäischen Gewässern werden weiterhin nicht untersucht, was ein effektives Fischereimanagement untergräbt. Zukünftige Subventionsregelungen müssen unabhängige wissenschaftliche Forschung unterstützen, um die Untersuchung der Bestände voranzutreiben und die Auswirkungen auf Lebensräume und Ökosysteme zu reduzieren.

² Sonderbericht Nr. 7/2007 über die Überwachungs-, Inspektions- und Sanktionssysteme betreffend die Vorschriften zur Erhaltung der gemeinschaftlichen Fischereiressourcen.

Unterstützung für weitere Maßnahmen wie Schulung, Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern und Fischern, Meeresschutz in sensiblen Gebieten, Forschung und Entwicklung von selektiveren Fanggeräten würde gleichfalls dazu beitragen, dem Sektor eine nachhaltigere Basis zu geben.

Die Abschaffung der Überkapazität führt voraussichtlich zu einer Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Fangsektor. Öffentliche Hilfe wird notwendig sein, um diesen Übergang abzumildern. Die verbleibenden Fischereibetriebe werden aber maßgeblich von der Angleichung von Kapazität und verfügbaren Fischbeständen profitieren und sollten daher in der Lage sein, zu einem möglichen Ausgleich beizutragen (Nutznießerprinzip).

Transparenz

Politische Entscheidungsträger, Wissenschaftler und die Öffentlichkeit müssen Zugang zu mehr und qualitativ besseren Informationen erhalten, um die Auswirkungen, die Verteilung und Effektivität von Subventionen bewerten und analysieren zu können, wie wirkungsvoll das Geld der Steuerzahler eingesetzt wird.

Die europäische Transparenzinitiative verlangte die Offenlegung der Begünstigten des EU-Fischereifonds. In der Praxis wird diese Information in so unterschiedlichen Formen dargestellt, dass eine sachgemäße Überprüfung und Quervergleiche nahezu unmöglich sind. Wesentliche Informationen zu Schiffen oder den finanzierten Vorhabenarten sind nicht mehr verfügbar.

OCEAN2012 vertritt die Ansicht, dass öffentliche Mittel nur so eingesetzt werden sollten, dass sie dem Allgemeinwohl dienen und soziale Auswirkungen des Übergangs hin zu einer nachhaltigen Fischerei abgeschwächt werden.

Weitere Informationen über die Notwendigkeit der Abschaffung von Überkapazität, einem maßgeblichen Motor der Überfischung, finden Sie in *Informationsblatt 5: Fangkapazitäten und verfügbare Ressourcen aufeinander abstimmen*.

OCEAN2012 ist ein Zusammenschluss von Organisationen, der sich der Umgestaltung der europäischen Fischereipolitik widmet, um Überfischung und destruktive Fangmethoden zu beenden und für faire und gerechte Nutzung gesunder Fischbestände zu sorgen.

OCEAN2012 wurde initiiert und wird koordiniert von der Pew Environment Group, dem Umweltschutzzweig der Pew Charitable Trusts, einer Nichtregierungsorganisation, die sich dafür einsetzt, die Überfischung der Weltmeere zu beenden.

Die Gründungsmitglieder von OCEAN2012 sind die Coalition for Fair Fisheries Arrangements (CFFA), das Fisheries Secretariat (FISH), nef (new economics foundation), die Pew Environment Group und Seas At Risk (SAR).